

## Antrag 2024/I/Soz/1

### Kreis Bergedorf

#### **Verschärfte (Total-)Sanktionen im Bürgergeld zurücknehmen!**

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen und anschließend an den Bundespar-  
2 teitag der SPD weiterleiten: Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion, die Sozialdemokrat\*in-  
3 nen im Senat der Freien und Hansestadt Hamburg werden aufgefordert, sich dafür einzuset-  
4 zen, dass die Anfang Januar vom Bundeskabinett und möglicherweise durch weitere Instanzen  
5 beschlossenen schärferen “Totalsanktionen” im Bürgergeld zurückgenommen werden.

#### **6 Begründung**

7 Während wir trotz des demografischen Wandels Beschäftigungsquoten auf Rekordniveau er-  
8 leben, wurden in der zweiten Januarwoche Totalsanktionen im Bürgergeld vom Kabinett be-  
9 schlossen und könnten bereits zum 2. Februar Gesetz werden. Wer “zumutbare” Jobs aus-  
10 schlägt, kann demnach durch die Agentur für Arbeit zwei Monate lang das Bürgergeld kom-  
11 plett gestrichen bekommen, allein Wohn- und Heizkosten bleiben verschont. Diese Sanktion  
12 ist schärfer als Sanktionen im alten Hartz-IV-System. Dass mit den Sanktionen, die versproche-  
13 nen 170 Mio. € gespart werden könnten, ist zumindest fraglich. Von den 3,9 Millionen erwerbs-  
14 fähigen Bürgergeld-Empfängern wurden lediglich 23.400 Personen überhaupt mit Sanktionen  
15 wegen mangelhafter Mitwirkung belegt - also gerade einmal 0,6 Prozent! Dieser verschwin-  
16 dend geringe Anteil ist kein Beleg für ein gescheitertes Bürgergeld, sondern zeigt, welches ab-  
17 surd verdrehte Bild Medien und Politik seit Jahrzehnten von angeblich faulen erwerbslosen  
18 Personen zeichnen. Es scheint also nicht einmal darum zu gehen, auf Kosten der Ärmsten den  
19 Haushalt zu sanieren, sondern um Symbolpolitik, mit der neoliberale Kräfte in der Parteien-  
20 landschaft und den Medien befriedet werden sollen. Nicht die 0,6 Prozent lassen das Bürger-  
21 geld scheitern, sondern das Aufgeben eines sozialdemokratischen Anspruchs in der Sozialpo-  
22 litik und ein Gesetz selbst, dass Bürgergeldempfänger\*innen unter den Generalverdacht der  
23 Faulheit stellt. Menschen, die “sich willentlich weigern”, vermeintlich gute Jobs anzunehmen,  
24 wird der Wille gebrochen. Ihnen wird jegliche Verhandlungsposition genommen, sie werden in  
25 häufig schlecht bezahlte Jobs oder in die Existenznot gedrängt, während der Niedriglohnsektor  
26 weiter gefüttert wird. Belege, dass Sanktionen nachhaltige positive Effekte auf die Integration  
27 in den Arbeitsmarkt hätten, gibt es nicht. Zu dem Schluss kommt auch ein Forschungsbericht  
28 des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Die Forschungseinrichtung der Bundes-  
29 agentur für Arbeit) zu Sanktionen aus dem November 2022. Negativfolgen von Sanktionen sind  
30 hingegen schon lange bekannt, wie ebenfalls aus dem Bericht hervorgeht. “Wir werden statt  
31 Hartz IV ein unkompliziertes Bürgergeld einführen, das konsequent auf Hilfe und Ermutigung  
32 statt auf Sanktionen setzt”, verkündete unser sonst sehr geschätzter Arbeitsminister bei Regie-  
33 rungsantritt der Ampel noch hoffnungsfroh. Unser sozialdemokratischer Anspruch muss sein,  
34 dafür zu sorgen, dass Arbeit sich wieder lohnt. Das bedeutet: Tarifbindung im großen Stil stär-  
35 ken, Mindestlohn anheben. Haushaltslöcher können wir aber auch grundsätzlich nicht stop-  
36 fen, indem wir uns ein paar Millionen von den Ärmsten holen, während schätzungsweise 100

- 37 Milliarden Euro jährlich von Großkonzernen und Reichen an Steuer ertrickst und hinterzogen  
38 werden. Lasst uns ehrlich für echte Lösungen kämpfen statt Symbolpolitik zu machen.